

**Olav Gutting**

- (A) ständen, jahresbezogen, ist im Ergebnis eine Willkür des Gesetzgebers, die wir brauchen, um eine dauerhafte Steuereinnahme zu haben. Aber deswegen ist es notwendig, dass diese Willkür bei der Festsetzung der Besteuerungszeiträume durchbrochen werden kann. Hierzu ist es richtig, dass es Verlustvor- und -rückträge gibt.

Eine zeitliche Beschneidung dieser Verluste, die Sie fordern, widerspricht dem Prinzip der Besteuerung nach dem Lebenseinkommen insgesamt, und sie widerspricht auch dem Prinzip der Leistungsfähigkeit.

Festzuhalten und klarzustellen bleibt: § 10 d Einkommensteuergesetz, den Sie hiermit verändern wollen, ist keine Steuervergünstigung. Wir haben – das muss man auch sagen – bereits heute ein Korrektiv hinsichtlich des Verlustvortrags. Das heißt, bereits nach geltender Rechtslage können die Verluste nicht sofort abgezogen werden, wenn eine bestimmte Grenze erreicht wird.

Ich kann Ihnen nur raten: Lassen Sie die Finger von der Verlustverrechnung. Unser Weg sieht jedenfalls anders aus. Wir haben gleich zu Beginn der Wahlperiode die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in diesem Land mit einem Betrag von über 20 Milliarden Euro entlastet.

(Nicolette Kressl [SPD]: Das waren Beschlüsse der Großen Koalition! – Ulrich Kelber [SPD]: Ein bisschen ungleich verteilt! – Weitere Zurufe von der SPD)

- (B) – Ja, das war ungleich verteilt. Der größte Anteil ging an die Familien, meine Damen und Herren. Das waren 5 Milliarden Euro allein für die Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieser Wachstumsimpuls hat dazu beigetragen, dass wir auf gutem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt sind.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Steuerpolitik werden wir jetzt konsequent fortsetzen,

(Iris Gleicke [SPD]: Oh Gott, keine Drohungen!)

auch mit der Beseitigung bzw. Abmilderung der kalten Progression.

Der Erfolg, meine Damen und Herren, gibt unserer Politik recht. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren und die höchste Beschäftigungsquote, die dieses Land je gesehen hat. Mit den Steuererhöhungen, wie sie in diesem Haus gefordert werden, ist jedenfalls unser Wohlstand und der soziale Standard in diesem Land nicht zu halten.

(Beifall des Abg. Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU])

Die Basis aller Staatsfinanzen – davon sind wir überzeugt – ist letztlich die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Man kann es vereinfachen und auf folgende Grundregel bringen: Ohne mehr netto vom Brutto gibt es keine Kaufkraftmehrung. Ohne Kaufkraftmehrung haben wir keine Nachfragebelebung. Und ohne Nachfragebelebung wird es keine Investitionen und keine neuen Arbeitsplätze geben. Letztlich wird damit eine Haushaltskonsolidierung nicht möglich sein. (C)

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Abgabengerechtigkeit?)

Deswegen ist es gut, dass Sie in diesem Haus keine Verantwortung tragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/5525 an den Finanzausschuss vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 17/7555 zum Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Auswege aus der Krise: Steuerpolitische Gerechtigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7555, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/2944 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen. (D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Waldstrategie 2020**

**Nachhaltige Waldbewirtschaftung – eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung**

– Drucksache 17/7292 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ausschuss für Tourismus

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Cajus Caesar von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**(A) Cajus Caesar (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wald und unsere Forstwirtschaft in Deutschland bedeuten Wohlstand, wirtschaftliche Entwicklung, Einkommen im ländlichen Raum und Umwelt- und Naturschutz. Wir, die Union, sehen im Wald mehr als nur die Summe von Bäumen. Vielmehr begreifen wir ihn als Chance für Lebensqualität und für wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum. Das ist unser Anliegen. Deshalb haben wir diese Waldstrategie auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Wir, die Union, sind stolz auf unsere nachhaltige Forstwirtschaft. Sie ist weltweit ein Vorbild. Deshalb, meine ich, sollten wir nicht immer über fehlende Kleinigkeiten klagen, sondern deutlich machen, wie wichtig uns der Wald ist und wie vorbildlich wir unseren Wald bewirtschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Natur bewahren, Klima schützen und an unsere Kinder denken – das ist die Devise der Union. Uns ist wichtig, auf diejenigen zu achten, die dafür gesorgt haben, dass wir einen solch umweltfreundlichen Wald überhaupt vorfinden: die Waldbesitzer und all diejenigen, die ihren Beitrag dazu geleistet haben. Ihnen gilt der Dank der Union.

**(B) Dem Rohstoff Holz kommt eine immer größere Bedeutung zu. Er wird umweltfreundlich erzeugt, und er hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung. In der Energiepolitik werden wir sehen, dass schon in den nächsten Jahren die Hälfte des Holzaufkommens energetisch genutzt werden wird, davon wiederum die Hälfte in der wohnortnahen Wertschöpfungskette, nämlich indem die Bürger vor Ort sich selbst mit Brenn- und Scheitholz und damit mit umweltfreundlicher Energie versorgen.**

Der Bundesverband Säge- und Holzindustrie hat zu Recht festgestellt, dass der Bedarf in den nächsten Jahren nicht mehr zu decken sein wird. Experten schätzen, dass uns im Jahr 2020 in Deutschland 30 Millionen Kubikmeter und in der Europäischen Union 400 Millionen Kubikmeter Holz fehlen werden. Diese Herausforderung müssen wir annehmen.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wie?)

Es ist wichtig, dass die Waldbesitzer in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen haben, dass wir einen naturnahen, vielschichtigen Wald haben, den wir durch entsprechende Rahmenbedingungen, die wir als Politiker setzen müssen, noch weiter verbessern wollen. Durch unsere Maßnahmen und durch die von uns vorgegebenen Rahmenbedingungen können wir die naturnahe Wirtschaft weiter verbessern.

Wichtig ist uns, dass Mischbestände gepflanzt werden. Wir wissen aber auch, dass der Anteil von Nadelbäumen in der Altbestockung 62 Prozent beträgt, in der Jungbestockung nur noch 29 Prozent. Wir müssen darauf

achten, dass wir ertragreiche Mischbestände pflanzen und verjüngen, damit das Holzaufkommen auf Dauer gewährleistet ist. **(C)**

Uns ist es wichtig, dass wir durch eine entsprechende Baumartenwahl zur Risikominimierung beitragen. Die Fichte beispielsweise kann durch klimaverträglichere Baumarten wie die Douglasie oder die Küstentanne ersetzt werden. Es sollte sich dabei um einen Mischbestand handeln, der entweder eine Zeitmischung ist oder durch Naturverjüngung entsteht. Es sind Baumarten zu wählen, die sich an dem Standort wohlfühlen, die dort hingehören und Sicherheit ausstrahlen. Ein solcher Waldaufbau ist auf die Zukunft ausgerichtet.

Die Frage ist: Wollen wir mehr Flächenstilllegungen? Wir als Union sagen: Das ist nicht der richtige Weg. Wir wollen eine naturnahe Bewirtschaftung durch die Waldbesitzer auf ganzer Fläche. Deshalb sagen wir: Es macht wenig Sinn, in Deutschland Flächen stillzulegen und gleichzeitig den Urwald abzuholzen. Jährlich gehen 13 Millionen Hektar Urwald verloren – das ist mehr als die Fläche Deutschlands –, davon 5 Millionen Hektar auf Dauer. Das ist nicht das Ansinnen der Union. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Erdel [FDP])

Wir wollen nicht durch Flächenstilllegungen Holzimporte fördern, die nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Das ist nicht unsere Vorgehensweise. Wir sehen, dass die Waldfläche pro Kopf innerhalb einer Generation weltweit um die Hälfte zurückgegangen ist. Ich denke, deshalb ist es wichtig, dass wir einerseits in Deutschland **(D)** Waldwirtschaft betreiben, andererseits aber auch globale Vereinbarungen treffen, um auf diesem Gebiet voranzukommen. Wir dürfen nicht auf Kosten anderer zum großen Holzimporteur werden. Eine solche Entwicklung stellen wir in anderen Ländern fest, zum Beispiel hat China mittlerweile Japan als Holzimporteur überholt. Dabei hat China in den letzten fünf Jahren mehr Fläche neu bepflanzt, als Deutschland überhaupt an Wald hat. Andere Länder erkennen also die Bedeutung des Waldes an. Das sollte uns bewusst sein. Wir sollten die Bevölkerung darauf hinweisen, wie wichtig der Wald für uns ist.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank an die Verbände richten, die in diesem Bereich aktiv sind. Dem Bundesverband Säge- und Holzindustrie, dem Bund Deutscher Forstleute, dem Holzwirtschaftsrat, den Waldbesitzer- und Waldbauernverbänden, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und allen anderen Verbänden, die sich für die Verbindung von Naturschutz und wirtschaftlicher Entwicklung – im Sinne der Wertschöpfung vor Ort – einsetzen, sagen wir als Union Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Uns ist wichtig, dass wir uns auch der Herausforderung „Wald und Wild“ stellen. Deshalb haben wir in die Waldstrategie aufgenommen, dass die natürliche Verjüngung der Hauptbaumarten ohne Zaun möglich sein muss. Das ist uns wichtig. Das wird auch von der Jägerschaft anerkannt. Für uns bleibt es wichtig, die Jagdaus-

**Cajus Caesar**

- (A) übung weiterhin an das Eigentum zu knüpfen. Gestern gab es ein Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Jagdschutzverbandes, Hartwig Fischer, der ausdrücklich zugesagt hat, dass er das Miteinander von Wald und Wild nicht nur mitträgt, sondern auch voranbringen will.

Frischluft, Quellwasser, Tausende von Tier- und Pflanzenarten, über 1 Million Arbeitsplätze, 11 Millionen Hektar Leben und Zukunft – das ist ein großes Pfund. Das sollten wir nicht liegen lassen; dieses Pfund sollten wir aufnehmen. Die Union und die Regierung haben es aufgenommen. Der Wald ist unsere Lebensgrundlage. Diese Einsicht ist Grundlage unseres Handelns und der Waldstrategie 2020.

Ich bin ganz sicher, dass die Bundesregierung und die Union mit der Waldstrategie 2020 auf dem richtigen Weg sind. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die SPD spricht jetzt die Kollegin Petra Crone.

(Beifall bei der SPD)

**Petra Crone (SPD):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Wald ist ein komplizierter Lebensraum und eine anspruchsvolle Produktionsstätte. Der Wald ist keine Maschine, die einfach nur funktioniert. Klaus Töpfer hat es zur Eröffnung des Jahres der Wälder passend formuliert:

(B)

Wälder, Fixpunkte des Lebens, sind nicht reduzierbar allein auf den Beitrag zum Bruttosozialprodukt.

Ich bin froh, dass wir hier und heute über unsere Wälder reden. Viel zu oft gehen die Reden zu waldbezogenen Tagesordnungspunkten zu Protokoll oder werden in den späten Abendstunden gehalten. Mit der Aussprache zur Waldstrategie 2020 der Bundesregierung erhöhen wir den Stellenwert des Waldes in der öffentlichen Debatte. Ich und ich glaube viele andere hier begrüßen das sehr.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht sich Wälder für Deutschland, die älter, bunter und lebendiger werden können.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Älter?)

– Ja, älter auch. – Daraus leiten wir eine besondere Verantwortung für die Waldfläche ab. Schutz und Nutzung, die scheinbar ewigen Gegensätze, müssen endlich in einem ganzheitlichen Waldkonzept aufgehen. Der Schutz der Biodiversität, der Erhalt der Gemeinwohlfunktion des Waldes und die Ökonomie müssen sich im Einklang befinden.

Die Bundesregierung wollte eben jene ausgewogene und tragfähige Balance zwischen diesen Ansprüchen in

der Waldstrategie 2020 finden. Dies ist leider nur in Ansätzen gelungen. Unser Zeugnis sieht wie folgt aus: Die Gewichtung der gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald – mangelhaft; die tatsächliche Partizipation aller gesellschaftlicher Akteure – ungenügend; die Kommunikation zwischen dem Umweltministerium und Ihrem Ministerium, Herr Staatssekretär – stark verbesserungswürdig.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Desaströs!)

Wann können wir mit den Entwicklungskonzepten für die zu Recht geforderte Forschung zur Kaskadennutzung rechnen oder zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald? Wann kommt die TEEB-Studie für Deutschland? Welche Mittel will das BMELV in die Hand nehmen, um die Ziele der Waldstrategie 2020 umzusetzen? Fragen über Fragen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Kernfrage: Wie behandelt der Mensch den Wald in einer Zeit, die von Klimawandel und Energiewende geprägt ist? Antworten finden wir in der Nationalen Biodiversitätsstrategie, leider weitaus weniger in der Waldstrategie 2020. Für uns zeichnet sich ein lebendiger Wald dadurch aus, dass er sich an die natürliche Waldgesellschaft annähert, auch und gerade in der Bewirtschaftung. Wir, die SPD-Bundestagsfraktion, fordern dazu seit langem: Die gute fachliche Praxis muss ins Bundeswaldgesetz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Wenn die Bundesländer in ihren Waldgesetzen noch darüber hinausgehen, freut mich das natürlich sehr. Grundsätzlich gilt aber: Ohne eine erneute Novellierung des Bundeswaldgesetzes wird es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt mir unverständlich, warum die Bundesregierung in ihrer Waldstrategie keine Notwendigkeit sieht, diese Forderung umzusetzen. Sie weisen doch immer wieder auf die steigenden Anforderungen an den Wald hin. Glauben Sie allen Ernstes, Herr Staatssekretär, dass die derzeitige Rechtslage in § 11 Bundeswaldgesetz ausreichend ist?

(Ulrich Kelber [SPD]: Die kennt er gar nicht!)

Im Internationalen Jahr der Wälder 2011 hantieren wir mit Vorschriften aus dem Jahr 1975.

Die Leistungen des Waldes besitzen ein gehöriges Potenzial. Das muss mit einer vernünftigen Wald- und Forstpolitik gewürdigt werden. Ich möchte noch einmal aus der Eröffnungsrede von Klaus Töpfer zitieren:

Wir sind in einer Welt, in der wir offenbar nur das sehen, was einen Marktpreis hat, und wundern uns auf einmal darüber, dass die Funktionen, die ihn nicht haben, dann offenbar übernutzt werden, ... dass damit die Nachhaltigkeit infrage gestellt wird.

Petra Crone

- (A) (Beifall der Abg. Ulrich Kelber [SPD] und Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kurzum: Auch das beste Ökosystem hat seine Grenzen.

An dieser Stelle danke ich meiner Kollegin Conny Behm für ihre Nachfrage zum konkreten Holzeinschlagsziel in der Waldstrategie 2020. Die in der Waldstrategie genannte Obergrenze des Holzeinschlags von 100 Millionen Kubikmeter pro Jahr bemisst sich erfreulicherweise in Vorratsfestmetern und nicht, wie befürchtet, in Erntefestmetern. In welcher Höhe der Einschlag in unseren Wäldern nach Vorstellung des BMELV allerdings steigen soll, bleibt weiterhin unklar und im Nebel.

Die Gesellschaft ist beim Schutz und bei der Nutzung des Waldes auf qualifiziertes Forstpersonal angewiesen. Sein Fingerspitzengefühl und Können gewinnen immer mehr an Bedeutung. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle. Darum sage ich zum wiederholten Mal ganz deutlich: Die SPD-Bundestagsfraktion will einen forstlichen Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Alois Gerig [CDU/CSU]: Damit retten Sie den Wald!)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung verursachen Kosten. Der Vorteil bzw. der sichtbare Nutzen des Kurswechsels wird sich erst später zeigen. Dies gilt in besonderem Maße für den Wald. Unser Wald kann und darf kein „Heilsbringer“ sein, nur weil er nachwächst. Ich bin der festen Überzeugung, dass es unter anderen Mehrheiten gelingen wird, ein ganzheitliches Waldkonzept zu erstellen.

- (B)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die FDP hat jetzt die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begehen in diesem Jahr das Internationale Jahr der Wälder. Vor den Umweltministerien aller Länder kann man das entsprechende Emblem erkennen und sehen: Das Jahr der Wälder ist weltweit angekommen.

Die Bundesregierung hat das Jahr der Wälder unter das Motto „Waldkulturerbe“ gestellt. Ich glaube, das ist eine sehr weise Entscheidung, gerade in Deutschland; denn Deutschland ist ein Land, das vom Wald geprägt ist. In meinem Wahlkreis zum Beispiel liegen Waldstadt (Mölln), Siebenbäumen, Siebeneichen, Buchhorst, Buchholz und Büchen – alles Namen, die auf den Wald Bezug nehmen. Es wird deutlich: Die potenzielle natürliche Vegetation in Deutschland ist der Wald. Vor diesem Hintergrund haben wir eine multifunktionale Forstwirtschaft,

die diesem Anspruch tatsächlich gerecht wird. (C) Deswegen können wir feststellen – das bringt die Waldstrategie sehr deutlich zum Ausdruck –, dass die Biodiversität im Wald sehr viel höher ist als in allen anderen Biotopen, die wir haben. Das zeigt, dass wir sehr verantwortlich mit unseren Wäldern umgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Das kommt doch sehr auf den Wald an!)

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass Holz in Deutschland der wichtigste nachwachsende Rohstoff ist. 45 Prozent der energetischen Nutzung von Biomasse beruhen auf Holz. Gleichzeitig ist Holz, was die rohstoffliche Nutzung betrifft, im Hausbau, im Möbelbau, in der Papierherstellung usw., ein ganz wichtiger nachwachsender Rohstoff, der beispielsweise auch einen sehr großen Beitrag dazu leistet, die Klimateffizienz zu erhöhen. Der Rohstoff Holz hat nämlich herausragende Qualitäten. Gerade in Deutschland wird er sehr vielfältig genutzt.

Wir alle wissen: Deutschland ist ein dichtbesiedeltes Land; denken Sie nur an Städte wie Berlin, Hamburg, München oder Frankfurt. Waldspaziergänge gehören für die Menschen in Deutschland zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen. Das heißt, wir haben Ansprüche an den Wald, die im Naturschutz, in der Produktion von Holz und in der Naherholung liegen. All dies müssen wir unter einen Hut bringen. Die Waldstrategie, über die wir heute diskutieren, tut dies in absolut vorbildlicher Weise.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU) (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ehrlich gesagt: Über Festmeter sollte man im Zusammenhang mit der Waldstrategie nicht reden – das ist nicht der Punkt –, sondern es geht um eine strategische Ausrichtung, wie wir in Zukunft mit unseren Wäldern umgehen wollen.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wo sind denn die strategischen Punkte? Erzähl uns doch mal was dazu!)

Den Rahmen dafür bietet selbstverständlich das Waldgesetz. Keine einzige Strategie kann Gesetze außer Kraft setzen. Sie bleiben selbstverständlich in Kraft.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist von der Fortwirtschaft geprägt worden. Wo das allerdings zuerst passiert sein soll, darüber streiten sich einige Bundesländer. So sagt etwa mein Kollege, der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, dafür sei Hessen verantwortlich; die Brandenburger sagen das im Übrigen auch. Das heißt, an vielen Orten in Deutschland ist man sich bewusst geworden, dass Nachhaltigkeit für die Nutzung von Wäldern besonders wichtig ist. Dieser Begriff hat auch in die wirtschaftliche Diskussion Eingang gefunden.

„Nachhaltigkeit“ bedeutet aber auch die gleichwertige Berücksichtigung der Anliegen von Ökonomie, Ökologie und Sozialverträglichkeit. Dies ist die besondere Herausforderung, der wir im Rahmen der Waldstrategie gerecht werden müssen. Das Cluster Forst und

**Dr. Christel Happach-Kasan**

- (A) Holz hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Es ist insbesondere für den ländlichen Raum von herausragender Wichtigkeit. Dies müssen wir bei all unseren Entscheidungen im Blick haben. Das gilt auch im Hinblick auf das häufig von Naturschutzverbänden formulierte Ziel. Wenn es heißt: „5 Prozent wollen wir gar nicht nutzen“, frage ich mich: Warum eigentlich nicht? Natürlich kann man – das wollen wir auch – auf den gesamten Flächen Naturschutzbelangen Rechnung tragen und sie gleichzeitig nachhaltig nutzen. Das funktioniert, und genau das wollen wir als Liberale. Hier sind wir uns sehr einig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer einmal in den Schwarzwald gefahren ist und gesehen hat, dass dort in jedem zweiten Dorf eine Sägerei steht, der weiß: Wenn man dort ein großes Schutzgebiet ausweisen würde, wie das im Augenblick von den Grünen geplant ist, dann würde das in einem großen Teil des Schwarzwaldes das Aus für den ländlichen Raum bedeuten. Ich glaube, das ist nicht in Ordnung.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist nicht wahr! Das sind Märchen!)

– Nein, Herr Ebner, das ist so.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch belegt! Dazu gibt es sozio-ökologische Studien!)

- (B) Die Kritik an der Waldstrategie 2020 ist nach meiner Auffassung sehr stark von Misstrauen geprägt. Die Forderung nach guter fachlicher Praxis ist eine Forderung an den Landesgesetzgeber und nicht an den Bund; denn es ist ganz deutlich an Folgendem zu erkennen: In den Wäldern in der Heimat meines Kollegen Rainer Erdel sieht es ganz anders aus als beispielsweise auf den nordfriesischen Inseln. Auch da gibt es Wald – oder das Katinger Watt beispielsweise –, aber die Anforderungen an den Wald sind dort völlig andere als in den Bergländern Deutschlands. Deswegen ist es richtig, wenn wir sagen: Es ist eine Landesaufgabe, für gute fachliche Praxis im Wald zu sorgen.

Das zweite Problem, das wir überhaupt nicht übersehen, ist die Wald-Wild-Problematik. Natürlich gibt es sie, und es gibt Missstände an einzelnen Orten; aber es ist Aufgabe der lokalen Behörden, dort zu gerechten Lösungen zu kommen. Das ist nichts, was wir als Bundesgesetzgeber festschreiben können, sondern wir müssen hier das Vertrauen in die lokalen Behörden, in die Unteren Naturschutzbehörden, in die Unteren Jagdbehörden, haben, um dort zu Lösungen zu kommen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir mit allen Entscheidungen, die wir heute treffen, Einfluss auf künftige Generationen haben; denn der Baum, der heute gepflanzt wird, wird frühestens in 70 Jahren – in aller Regel sind es 120 bis 160 Jahre – geerntet. Das heißt, mit unserer Entscheidung heute haben wir Einfluss auf die Nutzung in der Zukunft.

Wir können schon jetzt absehen, dass wir eine sogenannte Holzlücke haben werden. Wir werden durch das

- geringere Anpflanzen von Nadelholz eine bedeutende Lücke haben. Liebe Conny Behm, man kann nicht einfach für Akzeptanz der Nutzung von Laubholz werben, wenn man ganz genau weiß, dass Dachstühle nun einmal aus Nadelholz gebaut werden – auch aus Gründen der Statik. (C)

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wo sind denn eure strategischen Ansätze, um das Problem zu lösen?)

Man kann die physikalischen Gesetze selbstverständlich nicht außer Kraft setzen – im Übrigen auch nicht durch eine Waldstrategie.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das geht schlicht und ergreifend nicht, und deswegen haben wir hier Schwierigkeiten.

Ich bin sehr froh, das wir als christlich-liberale Koalition eine sehr gute Änderung des Bundeswaldgesetzes auf den Weg gebracht haben, die beispielsweise von Rot-Grün und auch von Schwarz-Rot nicht geschafft worden ist. Wir haben sie schnell auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Wenn nichts drinsteht, kann man es auch schnell auf den Weg bringen! Alles, was richtig gewesen wäre, zu regeln, ist nicht geregelt worden! – Weitere Zurufe von der SPD: Oh!)

- Wir haben das sehr schnell auf den Weg gebracht, und zwar mit einer hohen Anerkennung durch die gesamte Öffentlichkeit, werter Herr Kollege Kelber. Sie haben offensichtlich nicht richtig zugehört. – Ich glaube, es ist gut, dass wir damit auch Kurzumtriebsplantagen möglich gemacht haben, die auf Ackerflächen Biomasse in Form von Holz produzieren können. (D)

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben noch nicht einmal die Nachhaltigkeit im Gesetz definiert! Sie reden nur über die Nachhaltigkeit!)

Aufgrund der komplexen Anforderungen, die an unsere Wälder gestellt werden, ist – hier stimme ich der Kollegin Crone zu – qualifiziertes Personal notwendig. Ich glaube, dass wir gerade in Deutschland qualifiziertes Personal haben, das angemessen bezahlt werden muss. Auch hier bin ich mit Ihnen einer Meinung. Ob man allerdings in jeder Debatte den Mindestlohn ansprechen sollte, wage ich dann doch herzlich zu bezweifeln.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wir sind froh, dass Sie keine Steuersenkungen für die Wälder fordern! – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Wenn man sonst nichts auf der Pfanne hat, macht man so etwas! Das ist doch klar!)

Ich glaube, dass wir mit dieser Waldstrategie 2020, die von der Bundesregierung vorgelegt worden und von vielen Verbänden mitgetragen und mitgestaltet worden ist, eine gute Strategie für unsere Wälder für die Zukunft haben. Deutschland ist eines der wenigen Länder weltweit, in denen neue Wälder entstehen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Aktuell nicht mehr!)

**Dr. Christel Happach-Kasan**

- (A) Ich freue mich darüber, insbesondere wenn das in Schleswig-Holstein der Fall ist, wo der Anteil des Waldes noch relativ gering ist. Ich glaube aber, mit dieser Waldstrategie 2020 sind wir insgesamt auf einem sehr guten Weg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Ob es wieder ein Bündnis mit Schwarz-Gelb gibt?)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit dem Positiven an: Die Waldstrategie 2020 liegt vor. Die Bundesregierung hat immerhin eine Strategie. Das kommt nicht so oft vor. Eine Strategie ist aber bei diesem Thema dringend nötig. Aber damit ist das Lob für heute auch schon wieder zu Ende.

Dabei ist die Waldpolitik ein sehr spannendes und auch spannungsgeladenes Politikfeld. Viele Interessen müssen unter einen Hut gebracht werden, zum Beispiel die Holznutzung, die Erholung, die Jagd und auch der Naturschutz. Bereits existierende Strategien und Aktionspläne müssen berücksichtigt werden, wie zum Beispiel der zur biologischen Vielfalt. Da bleiben Konflikte nicht aus.

- (B)

Ich nenne ein paar Beispiele. Die Nachfrage nach Holz wächst schneller als die nachwachsende Holzmenge. Eine zu starke Holznutzung steht der Speicherung von CO<sub>2</sub> und anderen Ökosystemleistungen des Waldes entgegen. Hohe Schalenwildbestände tragen zu Schäden an Bäumen bei. Die Jägerschaft sieht Jogger, Reiter und Pilzsucher eher nicht so gern im Wald.

An diesen Anforderungen zur Friedensstiftung im Wald waren die ersten zu wirtschaftslastigen Entwürfe der Waldstrategie prompt gescheitert. Die Kritik des Bundes Deutscher Forstleute und der Umweltverbände war geradezu vernichtend. Der nun hier vorliegende Text ist leider nicht viel besser. Die Bundesregierung hat eine nett zu lesende, aber harmlose Strategie vorgelegt. Das ist angesichts der großen sozialen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft deutlich zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es reicht eben nicht, Probleme zu benennen, wenn die Ausführungen dazu in der Waldstrategie bei den Zuständigkeiten für die Lösungsvorschläge eher wortkarg bleiben, insbesondere dort, wo die Bundesregierung zuständig wäre.

Die Linksfraktion hat bereits im Juli 2011 ihre Anforderungen an eine Waldstrategie auf sieben Seiten veröf-

fentlicht. Wälder sind eben nicht nur Natur- oder Wirtschaftsräume, sondern beides. Wälder haben auch eine wichtige soziale Funktion, insbesondere denke ich hier an die forstlichen Arbeitsplätze. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Schutz und Nutzung sind aus unserer Sicht auf derselben Fläche möglich, wenn der Wald nachhaltig bewirtschaftet wird. Sozialeres und ökologischeres Wirtschaften auf der gesamten Waldfläche bringt aus meiner Sicht mehr Fortschritt als die Einrichtung von Refugien ohne jegliche Nutzung. Aber Refugien können eine sinnvolle Ergänzung sein und müssen verbindlich verabredet werden.

Wir brauchen naturnahe, klimaplastische Wälder. Wir brauchen Wälder, die vielen Tierarten und Pflanzenarten Lebensräume bieten. Wir brauchen artenreiche Mischwälder, die weniger krankheits- und witterungsanfällig sind als reine Nadelbaumbestände. Das sind keine Zukunftsvisionen, sondern es gibt gute Praxisbeispiele für diese Art der Waldbewirtschaftung. Aber klar ist auch: Das ist eine Aufgabe für Generationen.

Für die Linke sind zur Sicherung der öffentlichen Interessen im Wald drei zentrale Voraussetzungen wichtig und unverzichtbar: eine starke Forstwissenschaft, der Erhalt öffentlichen Waldeigentums und starke staatliche Forstwirtschaftsbetriebe.

Auf drei zentrale Defizite der Waldstrategie möchte ich jetzt eingehen:

Erstens: die Forstleute. Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung braucht gut qualifizierte und auch gut bezahlte Forstleute. Die etwa hunderttausend Menschen in den Forstbetrieben haben eine körperlich anstrengende und gefährliche Arbeit. 6,5 Prozent aller Arbeitsunfälle passieren im Wald. Deshalb gilt unsere jahrelange Forderung nach einem Mindestlohn natürlich auch für den Wald. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Petra Crone [SPD])

Zweitens: die Holznutzung. Aktuell wird in Deutschland jährlich Holz in einem Volumen von 50 Cheops-Pyramiden verbraucht; Tendenz sogar noch steigend. Die Bundesregierung will deshalb nun die einheimische Holzernte von 80 Millionen auf 100 Millionen Vorratsfestmeter pro Jahr erhöhen. Ohne klare, verbindliche sozial-ökologische Mindeststandards der Waldbewirtschaftung wird das zum Raubbau führen. Deshalb müssen diese Mindeststandards ins Bundeswaldgesetz – das ist auch schon von der SPD angesprochen worden – aufgenommen werden. Das fordert die Linke seit langem, aber die Bundesregierung verweigert das weiter. Das ist natürlich nicht akzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens: die Jagd. Wer Waldumbau will, muss auch über Wild und Jagd reden. Bei hohen Schalenwildbeständen können Jungbäume nur hinter Zäunen schadlos aufwachsen. Das erschwert und verteuert den Waldumbau. Richtigerweise wird in der Waldstrategie eine

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) natürliche Waldverjüngung ohne Zaunschutz gefordert. Aber genau das gelingt vor Ort nicht.

Wie können wir also die Wildschäden reduzieren? Sie haben vielfältige Ursachen, zum Beispiel hohe Schalenwildbestände. Diese hohen Schalenwildbestände kommen auch zustande, weil die Agrarlandschaft, wie sie aktuell da ist, exzellente Äsungs- und Schutzbedingungen bietet. Landwirte, Waldbesitzer, Forst- und Jägerschaft müssen also zu einer strategischen Partnerschaft finden, wenn sie das Problem lösen wollen. Wir müssen darüber nachdenken, wie die Politik das konstruktiv begleiten kann. Wir müssen fragen, ob es Defizite im Vollzug der Jagdgesetze gibt oder ob die Jagdgesetze geändert werden müssen. Statt die Vielzahl der Fragen zu beantworten, fordert die Bundesregierung Dritte auf, ein Leitbild zur Jagd zu entwickeln.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr peinlich!)

Aus meiner Sicht entzieht sich die Bundesregierung damit ihrer Verantwortung und trägt den Streit in die Dörfer. Das ist unredlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein Fazit ist: Der Bund hat seine Bringschuld mit der Waldstrategie nicht erfüllt. Die offenen Fragen böten viel Stoff für eine öffentliche Anhörung. Ich denke, wir sollten das auch fordern und an den Stellen weiter diskutieren, an denen es dringend erforderlich ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt hat die Kollegin Cornelia Behm für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie man hören konnte, sind die Koalitionsfraktionen mächtig stolz auf die Waldstrategie, die die Bundesregierung vorgelegt hat,

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Allerdings!)

nach vielem Hin und Her und nach vielen Jahren der Vorbereitung. Ich meine, Sie haben dazu keinen Grund. Nach meinem Dafürhalten verdient das Papier auch nicht den Namen „Strategie“; denn es ist sehr dürftig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Von einer Strategie erwarte ich Ziele und Ideen, wie man diese Ziele erreichen kann, also Maßnahmen und Instrumente. Aber das bleibt die Waldstrategie schuldig. Es bleibt aus diesem Grunde völlig offen, wie Sie in allen deutschen Wäldern bis 2020 zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung kommen wollen.

Die Regierung spricht von einer gesellschaftlichen Chance und Herausforderung. Viel mehr, als die Herausforderungen zu beschreiben, tun Sie jedoch nicht. Wie

Sie diese angehen wollen, bleibt weitgehend im Dunkeln. Dabei gehört es zu den Herausforderungen der Politik, durch naturnahe Waldbewirtschaftung sowohl den Herausforderungen des Klimawandels und des dramatischen Verlustes an biologischer Vielfalt gerecht zu werden als auch die Chancen für die Menschen im ländlichen Raum zu verbessern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der sogenannten Waldstrategie werden neun Handlungsfelder beschrieben. Das ist im Übrigen nicht falsch. Aber wie sieht es mit den Lösungsansätzen aus? Ich will nur auf drei Handlungsfelder eingehen.

Zur Verwendung des Rohstoffes Holz: Die wenigen Lösungsansätze, die präsentiert werden, um den wertvollen nachwachsenden Rohstoff Holz nachfragegerecht zur Verfügung zu stellen, sind völlig unzureichend. Das ist auch für den Naturschutz dramatisch. Denn wenn nichts gegen die sich auftuende Holzlücke, die im Jahr 2020 nach Prognosen 30 Millionen Erntefestmeter betragen könnte, getan wird, dann droht angesichts fehlender walddrechtlicher Schutzmechanismen eine Übernutzung der Wälder. Ihre immer wieder wiederholte Behauptung, dass das Naturschutz- und Waldrecht das bereits heute bundesweit verhindere, ist leider schlicht falsch.

Da die prognostizierte Holzlücke fast ausschließlich aufgrund des Ausbaus der Holzenergie entsteht, wäre meines Erachtens genau hier die Schaltstelle. Doch Sie legen den Hebel nicht um. So wird der Rohstoff Holz zu immer größeren Teilen direkt verfeuert werden. So fahren Sie, Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, trotz Waldstrategie sehenden Auges bedeutende Teile der Holzwirtschaft an die Wand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einzige, was den Koalitionsfraktionen seit Jahr und Tag zum Handlungsfeld „Biologische Vielfalt und Waldnaturschutz“ einfällt, ist der Verzicht auf die Umsetzung des 5-Prozent-Ziels für Wälder mit natürlicher Entwicklungsdynamik. Dabei geht es um 3 Millionen bis 5 Millionen Festmeter jährlich. Zugegeben, das ist eine nicht unerhebliche Größenordnung. Aber – das müssen Sie zugestehen – weder haben wir heute eine 100-prozentige Nutzung der Waldfläche in Deutschland, noch lässt sich die Holzlücke auch nur annähernd mit diesem Holz schließen.

Ich sage ganz klar: Ein Entweder-oder zwischen Waldnaturschutz und Holzversorgung ist der völlig falsche Weg. Wir brauchen sowohl den Erhalt der biologischen Vielfalt im Wald als auch eine gute Versorgung mit Holz, wenn wir fossile Rohstoffe ersetzen wollen.

(Beifall des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen eine Politik, die die verschiedenen Anforderungen an den Wald integriert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss zur Jagd. Ausgangslage und Herausforderungen sind richtig beschrieben, doch Ihre Lösungsansätze sind eine bunte Mischung aus „Weiter so!“ und

**Cornelia Behm**

- (A) „Wünsch dir was!“ Es ist doch billig, neben einem allgemeinen Bekenntnis zur Jagd die verschiedenen Akteure zum Handeln aufzufordern, aber keinerlei eigenen Handlungswillen zu zeigen. Die Verantwortung für waldangepasste Wilddichten lediglich auf Dritte abzuschieben, zeugt schlicht von mangelndem Gestaltungswillen oder auch von mangelndem Gestaltungsvermögen. Aber das ist bei dieser Regierung auch nichts Neues.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind wir ja gewohnt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren erleben wir einen waldpolitischen Stillstand. Es wird Zeit, dass dieser durch waldpolitische und holzwirtschaftliche Tatkraft abgelöst wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Josef Göppel von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Josef Göppel (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der wichtigste Satz der Waldstrategie steht in Kapitel 3.3, dass nämlich die Holzernte maximal bis zur Höhe des durchschnittlichen jährlichen Gesamtzuwachses gesteigert werden darf. Es steht noch dort: „Der Wald soll als CO<sub>2</sub>-Senke erhalten bleiben.“ Das ist die richtige Antwort auf die Diskussion, die es jetzt in Deutschland gibt, wonach man mehr Holz einschlagen müsse, damit mehr junge Bäume gepflanzt werden könnten und mehr Kohlenstoff gespeichert werden könne. An dieser Diskussion sind zwei Dinge falsch. Von dem Holz, das wir einschlagen, wird nur ein Drittel dauerhaft in Bauwerken und Möbeln verarbeitet,

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Zu wenig!)

zwei Drittel werden kurzfristig verwertet. Der andere Punkt ist, dass ein junger Wald etwa zwei Jahrzehnte braucht, bis er anfängt, nennenswert Kohlenstoff zu speichern. Deswegen ist diese Festlegung der Waldstrategie eine zukunftsweisende politische Entscheidung. Ich halte das für richtig und für gut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben in Kapitel 3.2 Aussagen zu den Fachkräften. Das ist in der Diskussion schon mehrfach erwähnt worden. Es heißt dort, dass eine Mindestpräsenz gut ausgebildeter Fachkräfte nicht unterschritten werden darf und dass der öffentliche Waldbesitz hier eine besondere Verantwortung trägt. Wir mussten erleben, dass in fast allen Landeswäldungen in den letzten fünf Jahren Fachkräfte massiv abgebaut wurden. Wenn aber die Förster und die Waldarbeiter aufgrund der Übergröße des Reviers ihren Wald gar nicht mehr kennen, mehr Zeit im Auto als im Wald verbringen und anhand von Luftbildern die Entscheidungen treffen müssen, dann ist die

- Nachhaltigkeit gefährdet. Deswegen finde ich die Aussage zu den qualifizierten Fachkräften und einer Höchstgröße der Reviere auch so wichtig. (C)

Es ist auch die Rede vom kleinen Privatwald, der noch viele Holzreserven hat. Die Waldstrategie sagt dazu, dass die Beratungsleistungen im kleinen Privatwald eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge sind und deswegen ausgebaut werden müssen. Ich frage mich, wie die Oppositionsabgeordneten dazu kommen, zu sagen, hier würden keine zukunftsweisenden Festlegungen getroffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Waldstrategie greift die entscheidenden Themen auf.

Es gibt eine Diskussion über die 5 Prozent Naturschutzflächen. Auf der anderen Seite sagen Förster und Waldbesitzer, im Wald seien Nutzung und Schutz auf gleicher Fläche möglich. Aufgrund meiner 30-jährigen beruflichen Tätigkeit als Förster halte auch ich das für möglich. Gleichzeitig muss man sagen: Wer das in Anspruch nimmt, der muss auch dafür sorgen, dass qualifizierte Fachkräfte ihren Wald so gut kennen, dass sie Nutzung und Schutz tatsächlich vereinbaren können.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Das betrifft den Punkt, den ich schon erwähnte: die Mindestpräsenz qualifizierter Fachkräfte.

- Die Strategie der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt gilt auch für den Wald. Deswegen ist diese 5-Prozent-Diskussion müßig. Sie wird übrigens möglicherweise ein überraschendes Ergebnis haben: Einige Landesforstverwaltungen haben bereits nach Ausgleichsflächen für Windräder im Staatswald gesucht, und siehe da: Die Expertisen, die man angefertigt hat, besagen, dass Flächen in einer Größenordnung von 4 oder 5 Prozent der Fläche des Waldes als Ausgleich für Windräder im Wald möglich sind. Angesichts dessen sind die Festlegungen, die in der jetzt gültigen Waldstrategie verankert sind, als gute Lösung des Naturschutzproblems anzusehen. (D)

Die Forstwirtschaft muss immer so betrieben werden: aufmerksam auf die Natur schauen, behutsam mit der Natur umgehen, aber wirtschaftlich denken; auch das gehört dazu. Das zusammen macht die Nachhaltigkeit aus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt hat der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig: Wenn man über eine Waldstrategie spricht, dann spricht man über eine Nachhaltigkeitsstrategie. Frau Kollegin Happach-Kasan hat zu Recht darauf

Ulrich Kelber

- (A) hingewiesen, dass dieser Begriff in der Forstwirtschaft entstanden ist. Es war mit Georg Ludwig Hartig einer der berühmtesten deutschen Forstwissenschaftler, der 1804 etwas zur Menge geschrieben hat – ich zitiere –:

Es läßt sich keine dauerhafte Forstwirtschaft denken und erwarten, wenn die Holzabgabe aus den Wäldern nicht auf Nachhaltigkeit berechnet ist.

Er ist aber auch auf die anderen Leistungen des Waldes, die dieser für die Gesellschaft bereitstellt, eingegangen. Noch einmal ein Zitat:

... doch so zu benutzen suchen, daß die Nachkommenschaft wenigstens ebenso viel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet.

Das ist eine klare Definition des Begriffs, eine Erkenntnis, die in Deutschland nachher nicht immer befolgt wurde – das sehen wir an Schäden im Wald –, und eine Erkenntnis, die aufgrund des wachsenden Nutzungsdrucks auf den Wald wiederum gefährdet ist.

Die weiteren Lebensgrundlagen – neben der reinen Bereitstellung von Holzmaterial – haben einige Rednerinnen und Redner schon angesprochen. Umso wichtiger ist es, eine Waldstrategie nicht so anzulegen, dass der Wald nur zu einem Holzlieferanten degradiert wird. Wir haben in diesem Plenum und auch in den entsprechenden Ausschüssen oft schnell Einigkeit im Hinblick auf den internationalen Klimaschutz, sei es beim Schutz der Regenwälder oder sei es beim Schutz der Wälder Kanadas und Russlands. Eine kleine Ausnahme ist im Augenblick sicherlich die Frage des Schutzes des Yasuni-Regenwaldes. Dazu haben wir zwar als Parlament einheitliche Beschlüsse gefasst, aber ein Mitglied der Bundesregierung, das nicht anwesend ist, ist der Meinung, diese Beschlüsse nicht umsetzen zu müssen,

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Ich glaube, er hat recht!)

wodurch eine der wichtigsten Schutzmaßnahmen gefährdet wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Maßnahmen, die wir anderen Ländern zum Schutz von Wäldern empfehlen, das, was wir ihnen empfehlen, wie nachhaltige Waldnutzung aussieht, das muss doch auch für unsere heimischen Wälder gelten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen müssen wir diese Maßstäbe festschreiben und dürfen sie nicht nur der Gutmütigkeit des Einzelnen überlassen. Ich glaube, dass die große Mehrheit der Waldbauern möchte, dass wir das, was sie bereits tun, festschreiben, damit alle so handeln müssen, auch diejenigen, die nicht aus der gleichen Tradition nachhaltiger Waldnutzung kommen.

Was ist unsere Kritik an der Waldstrategie der Bundesregierung? Ich greife vier Jahre zurück, nämlich zu der von CDU/CSU und SPD gemeinsam verfassten nationalen Biodiversitätsstrategie, die durchaus eine ganze

Menge Lob bekommen hat, auch aus der Community heraus, für konkrete Qualitäts- und Handlungsziele mit genauen Zieljahren und konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Umso erstaunter sind wir, dass einige dieser Maßnahmen heute nur noch Lippenbekenntnisse sind und nicht mehr umgesetzt werden.

Ein Beispiel – das ist heute offensichtlich geworden – ist die Frage der 5-Prozent-Regelung bezüglich naturbelassenen Waldes. Die Vertreter des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, die diese Nachhaltigkeitsstrategie damals mitentwickelt haben, stellen dies heute als Fehler dar. Der erste Redner von der CDU/CSU, der Kollege Caesar, hat ebenfalls gesagt, dass er dies nicht unterstützt. Insofern bin ich dankbar, zu sehen, dass es auch innerhalb von Schwarz-Gelb dazu unterschiedliche Ansichten gibt. Die Verjüngung des Waldes, der Artenreichtum und die Vielfalt sind auf solche Naturwaldzellen, auf solche Urwaldzellen angewiesen. Sie stellen eine besondere Bedeutung unserer heimischen Wälder dar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies als Stilllegung, also mit einem Begriff aus der intensiven Nutzung von Ackerflächen, zu diffamieren, zeigt, dass man den Wald zu einem reinen Holzlieferanten degradieren möchte. Das wäre ein großer Fehler.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen verbindliche Vorgaben für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Wir müssen große Kahlschläge verbieten.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Die sind verboten!)

Wir müssen dafür sorgen, dass neuartige Erntemaschinen den Wald nicht inklusive der Wurzeln leerfegen können. Darüber hinaus müssen wir die Wiederaufforstung mit heimischen Baumarten festschreiben.

Der Einsatz für Regenwälder ist die Kür des Naturschutzes, der Einsatz für eine nachhaltige Politik für die heimischen Wälder ist die Pflicht, und dahin muss Schwarz-Gelb zurückkehren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Da sind wir schon lange!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort dem Kollegen Alois Gerig von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Alois Gerig (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Gäste! Ich möchte eingangs meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass wir

Alois Gerig

- (A) zum Ende einer durchaus anstrengenden Sitzungswoche ein so schönes Thema wie den deutschen Wald hier diskutieren dürfen, und ich bedauere sehr, dass nicht alle Kolleginnen und Kollegen der Opposition diese Freude mit mir teilen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Waldstrategie der Bundesregierung ist viel mehr als ein symbolischer Beitrag zum internationalen Jahr der Wälder. Deshalb vorab mein Dank an die Ministerin und an das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für die Idee, für den Dialog mit möglichst vielen Beteiligten und für dieses Ergebnis.

(Ulrich Kelber [SPD]: Die hört gerade nicht zu!)

Diese Waldstrategie wird der Bedeutung unserer Wälder – immerhin ist ein Drittel Deutschlands mit Wald bewachsen – gerecht. Die Bundesregierung zeigt damit Wege auf, wie wir den steigenden Ansprüchen an den Wald begegnen und mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung seine ökologische, ökonomische und soziale Funktion bewahren können. Für diese Zielsetzung verdient die Waldstrategie unser Lob und unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Da die Strategie darauf abzielt, verschiedene und damit auch gegensätzliche Nutzungsansprüche an den Wald in Einklang zu bringen, stellt sie notwendigerweise einen Kompromiss dar. Aber ich kann schon behaupten – davon bin ich überzeugt –, dass wir die Balance gefunden und auch das richtige Augenmaß gewahrt haben und jetzt keine ideologischen Scheuklappen aufsetzen müssen.

(B)

Ich habe die Waldstrategie in meinem Wahlkreis mit Waldeigentümern, Forstbetriebsgemeinschaften, Förstern, Naturschützern und Jägern diskutiert, und ich kann berichten, dass sie durchaus auf positive Resonanz an der Basis stößt. Insbesondere wird anerkannt, dass die Bundesregierung an die bisherige Waldpolitik anknüpft und zusätzlich Themen aufgreift, die den Praktikern vor Ort unter den Nägeln brennen.

Bei meinen Gesprächen zur Waldstrategie sorgte insbesondere die Frage für Zündstoff, wie viel Wald zum Schutz der Biodiversität aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden sollte. Es ist vernünftig, dass die Waldstrategie keine pauschalen Vorgaben für Waldstilllegungen vorsieht, die über die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung hinausgehen. Wir haben diese Biotope schon, wie es der Kollege Caesar sehr richtig gesagt hat.

Wir sollten uns hier einmal an den Fakten orientieren. Weltweit nehmen die Waldbestände – das haben wir schon besprochen – ab; in Deutschland nehmen sie seit Jahren zu. In unseren Wäldern schlummert proportional deutlich mehr Holzpotenzial als in Europa und in der Welt. Eines kann man deshalb auch sagen: In den letzten Jahrzehnten waren viele Waldbesitzer wegen der schlechten Holzpreise für ihren Besitz geradezu gestraft. Denen sollten wir doch einmal gönnen, dass sie finanziell etwas Luft zum Atmen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Ich sage Ihnen auch: Die große Masse der Waldbesitzer ist nicht nur naturverbunden, sondern wirtschaftet solide, vernünftig und mit dem nötigen Augenmaß, sodass ich überhaupt keinen Grund für die Befürchtung sehe, dass in deutschen Wäldern Raubbau Einzug halten könnte. Gleichwohl – und dies wird in der Waldstrategie festgeschrieben – müssen wir Spielregeln für die neuen, immensen Herausforderungen aufstellen, die auf unsere Wälder zukommen. Aufgrund der Verknappung fossiler Rohstoffe ist mit einer steigenden Holznachfrage zu rechnen; das haben wir schon besprochen. Damit Deutschland seine ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen kann, ist es wünschenswert, dass Holz sowohl stofflich als auch energetisch genutzt wird.

Der Cluster „Forst und Holz“ erwirtschaftet mit 1,2 Millionen Beschäftigten immerhin einen Umsatz von rund 170 Milliarden Euro pro Jahr. Zu den Zielen der Waldstrategie gehört deshalb zu Recht, diesen besonders für den ländlichen Raum so wichtigen Wirtschaftszweig zu sichern, indem möglichst viel Holz aus heimischen Wäldern bezogen wird.

Ich halte nichts davon, die forstwirtschaftliche Nutzung gegen den Naturschutz auszuspielen.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das machen Sie doch!)

Bemerkenswert ist nämlich, dass eine nachhaltige Waldnutzung auch zum Klimaschutz beiträgt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr schön!)

(D)

Es ist erwiesen: Indem wir unseren Wäldern Holz entnehmen und einer stofflichen und/oder energetischen Verwendung zuführen, wird jährlich die Freisetzung – man beachte! – von rund 80 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus fossilen Brennstoffen vermieden.

Um die Stabilität unserer Wälder zu verbessern, sieht die Waldstrategie unter anderem den Anbau von standortgerechten und vorwiegend heimischen Baumarten mit hoher Widerstandsfähigkeit vor. Das heißt aber auch, dass es erlaubt sein muss, dass an manchen Standorten anstelle der Fichte, die zum Beispiel wegen des Klimawandels nicht mehr so gut geht, auch einmal eine Douglasie gepflanzt wird.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine ist okay! – Ulrich Kelber [SPD]: Sie schreiben ja nicht fest, wie oft!)

Mit dem Waldklimafonds wird die Koalition ein geeignetes Instrument schaffen, um die Anpassung unserer Wälder an Klimaveränderungen finanziell zu fördern.

(Ulrich Kelber [SPD]: Aus rein wirtschaftlichen Erwägungen!)

Dabei ist mir wichtig, dass das Geld auch dort ankommt, wofür es vorgesehen ist, nämlich beim deutschen Wald.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Alois Gerig

- (A) Eine nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung sowie die Vorbereitung unserer Wälder auf den Klimawandel ist nur dann gewährleistet – das hat Herr Josef Göppel ausgeführt –, wenn genügend Fachpersonal zur Verfügung steht. Ebenfalls muss es darum gehen – auch das hat Herr Kollege Göppel ausgeführt –, Waldbesitzer mit nur kleinen Beständen zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Waldstrategie mit ihren vielen zukunftsweisenden Lösungsansätzen zeigt, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung für den deutschen Wald sehr ernst nimmt. Die Strategie ist darauf ausgerichtet, Bewährtes zu erhalten: Der deutsche Wald soll auch künftigen Generationen als Natur-, Wirtschafts- und Erholungsraum dienen. Ich bitte Sie alle: Lassen Sie uns dieses Ziel weiterhin gemeinsam verfolgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das war die schwächste Rede der ganzen Debatte!)

#### Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7292 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 17/7667 soll an dieselben Ausschüsse überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

- (B) Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 a und b sowie den Zusatzpunkt 11 auf:

- 31 a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Ulrich Kelber, Dirk Becker, Gerd Bollmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

#### Klimadiplomatie der Bundesrepublik Deutschland

– Drucksachen 17/4705, 17/6861 –

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Kerstin Müller (Köln), Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Neue Initiative für transatlantische Kooperation in der Klima- und Energiepolitik

– Drucksache 17/7356 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

- ZP 11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Viola von Cramon-Taubadel, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### China als wichtiger Partner im Klimaschutz

– Drucksache 17/7481 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Frank Schwabe von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

#### Frank Schwabe (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Die Welt ist schon komisch. Wenn es eine Krise gibt, hat man diese irgendwann kommen sehen, aber nichts dagegen unternommen. Manchmal ist die Situation gar nicht so schlimm, und trotzdem steht viel in den Zeitungen; manchmal ist es viel schlimmer, aber es steht wenig in den Zeitungen.

Auch die Finanzkrise haben alle kommen sehen, aber man hat nicht rechtzeitig etwas dagegen unternommen. Ebenso sehen alle die Klimakrise kommen, aber man macht relativ wenig dagegen. Irgendwann sieht man dann die dramatischen Auswirkungen und fragt sich, warum man nichts getan hat, als man etwas hätte tun können – nämlich heute.

Das Jahr 2010 war das Jahr, in dem der Treibhausgasanstieg weltweit am stärksten war. Das Jahr 2010 war das wärmste Jahr seit der Messung der Temperaturen. Das heißt, alle Szenarien, die im Rahmen des Weltklimarats angedacht und die natürlich auch umstritten waren, sind mittlerweile von der Realität überholt worden. Im Umweltausschuss in dieser Woche haben uns Klimazeuginnen aus drei Ländern der Erde sehr eindrucksvoll geschildert, wie sich der Klimawandel bei ihnen auswirkt. Gleichzeitig gibt es in manchen Ländern merkwürdigerweise noch Debatten über die Frage, ob der Klimawandel Realität ist und ob der Mensch dafür verantwortlich ist.

Seit sechs Jahren fahre ich zu Klimakonferenzen. Was ich – und vermutlich die ganze Welt – dabei gelernt habe, ist, dass Klimakonferenzen weit mehr sind als Umweltkonferenzen. Es geht darum, wie die Welt sich neu positioniert – in wirtschaftlichen Fragen und in entwicklungspolitischen Fragen. Kurz: Es ist ein umfassendes Thema, vor allen Dingen für die Außen- und Entwicklungspolitik.

Ich begrüße ausdrücklich, dass es auch unter dieser Bundesregierung den einen oder anderen Fortschritt gibt und dass das Thema mittlerweile sogar im UN-Sicherheitsrat auf der Tagesordnung war, wenn auch mit einer sehr schwachen Beschlusslage. Ebenso finde ich es gut, dass das Außenministerium die Konferenz in Durban durch eine Veranstaltung vorbereitet. Aber das alles ist bei weitem nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(D)